

# Änderung Hundegesetz und Hundeverordnung (Herdenschutzhunde)

### A. Ausgangslage

Die Rückkehr von Grossraubtieren in die Schweiz - teils im Rahmen von Wiederansiedlungsprogrammen, teils durch natürliche Wiederansiedlung - stellt die Landwirtschaft vor Herausforderungen. In den vergangenen Jahrzehnten haben sich verschiedene Arten wieder in der Schweiz etabliert: der Luchs ab 1971 (Wiederansiedlung), der Wolf ab 1995 (Zuwanderung) und der Bär ab 2005 (sporadisch). Die Präsenz dieser Tiere führt jedoch zu Konflikten mit der Landwirtschaft, insbesondere durch Risse an Nutztieren. Nutztiere in Bergregionen mit traditioneller Weidehaltung sind besonders gefährdet durch Raubtiere. Um solche Schäden zu verhindern beziehungsweise zu minimieren, setzen Landwirtinnen und Landwirte auf verschiedene Schutzmassnahmen. Dazu zählen Herdenschutzzäune, die Grossraubtiere fernhalten sollen, sowie Herdenschutzhunde, die insbesondere dort zum Einsatz kommen, wo technische Massnahmen zum Herdenschutz nicht ausreichen oder nicht möglich sind. Im Gegensatz zu technischen Schutzmassnahmen ist der Herdenschutzhund als anpassungs- und reaktionsfähige Schutzkomponente in der Lage, unmittelbar auf das Verhalten von Raubtieren zu reagieren. Der Zweck des Einsatzes von Herdenschutzhunden ist die weitgehend selbstständige Bewachung landwirtschaftlicher Nutztiere und die damit zusammenhängende Abwehr fremder Tiere (Art. 10d Abs. 1 der Verordnung vom 29. Februar 1988 über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel, Jagdverordnung, JSV; SR 922.011).

Die Kantonsräte Hans Egli (Steinmaur), Judith Anna Stofer (Dübendorf) und Silvia Rigoni (Zürich) reichten am 29. Januar 2024 eine Motion betreffend «Herdenschutzhunde sollen von Hundeabgabe befreit werden» (KR-Nr. 38/2024) ein. Mit dieser Motion wurde der Regierungsrat beauftragt, § 25 des Hundegesetzes vom 14. April 2008 (HuG; LS 554.5) zu erweitern und die Herdenschutzhunde, die eine entsprechende Ausbildung haben und entsprechende Einsätze leisten, ebenfalls von der Hundeabgabe zu befreien. Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, die Motion entgegenzunehmen.

2025-08-1253 Dossier-Nr. 183-2024

#### **B.** Bisheriges Recht

Gemäss § 23 Abs. 1 HuG entrichten Hundehalterinnen und Hundehalter ihrer Wohnsitzgemeinde eine jährliche Abgabe von Fr. 70 bis Fr. 200 für jeden im Kanton gehaltenen Hund (erster Satz). Die Gemeinden bestimmen die Höhe der Abgabe (zweiter Satz). Von dieser Abgabepflicht ausgenommen sind Halterinnen und Halter von Hunden, die in § 25 HuG ausdrücklich aufgeführt sind. Hierzu zählen namentlich: Diensthunde, die von Polizeiorganen oder von Gefängnisangestellten für ihren Dienst verwendet werden (lit. a), Militärhunde und Diensthunde des Grenzwachtkorps, die für seinen Dienst verwendet werden (lit. b), ausgebildete Schweiss-, Sanitäts-, Lawinen- und Katastrophenhunde, soweit an ihrer Haltung ein öffentliches Interesse besteht (lit. c), Begleit- und Hilfshunde für motorisch Behinderte, Therapiehunde, wenn der Nachweis über eine angemessene Ausbildung und den regelmässigen Einsatz erbracht wird (lit. d), sowie Blindenführhunde (lit. e). Die Haltung von Herdenschutzhunden ist in dieser Auflistung nicht enthalten und unterliegt daher der Abgabenpflicht nach § 23 HuG.

## C. Umsetzung

Im Rahmen der Herdenschutzmassnahmen zur Prävention von Schäden durch Grossraubtiere nehmen Herdenschutzhunde eine zentrale Funktion wahr. Analog zu anderen
Arbeits- und Nutzhunden gemäss § 25 HuG sollen sie ebenfalls von der Abgabepflicht
befreit werden. Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) empfahl im Jahr 2019 den Kantonen, die nach Art. 30 Abs. 2 des Tierseuchengesetzes vom 1. Juli 1966 (TSG;
SR 916.40) registrierten Herdenschutzhunde «von der Hundetaxe zu befreien, analog
zur oftmaligen Steuerbefreiung anderer Nutzhunde (z. B. Blindenhunde)» (Bundesamt
für Umwelt [BAFU]: Vollzugshilfe Herdenschutz. Vollzugshilfe zur Organisation und Förderung des Herdenschutzes sowie zur Zucht, Ausbildung und zum Einsatz von offiziellen Herdenschutzhunden. 2019, S. 52; [Hinweis: Die Vollzugshilfe ist inzwischen nicht
mehr aktuell; eine Neuauflage liegt jedoch bislang nicht vor]).

Vorliegend sollen lediglich Herdenschutzhunde, die vom Bundesamt für Umwelt anerkannt sind, von der Abgabepflicht ausgenommen werden. Ein Hund wird erst dann als Herdenschutzhund anerkannt, wenn er nach Art. 10d Abs. 2 JSV die Prüfung zur Eignung zum Herdenschutz bestanden hat und in der Hundedatenbank AMICUS als «anerkannter Herdenschutzhund» gekennzeichnet bzw. entsprechend registriert ist (vgl. Art. 10d Abs. 2 JSV in Verbindung mit Art. 30 Abs. 2 TSG). Zur Prüfung zugelassen sind gemäss Art. 10d Abs. 3 JSV Hunde, die einer Herdenschutzhunderasse angehören. Die Kantone können bestimmte Rassen von der Zulassung ausnehmen. Im Kanton Zürich wurde in diesem Zusammenhang bislang keine Hunderasse ausgenommen.

Neben der vorgesehenen Anpassung des HuG ist auch eine Ergänzung von § 21 der Hundeverordnung vom 25. November 2009 (HuV; LS 554.51) erforderlich, welcher die für die Befreiung von der Abgabe erforderlichen und bei der Gemeinde einzureichenden Nachweise und weiteren Unterlagen bestimmt. Die Halterin beziehungsweise der Halter eines Herdenschutzhundes hat den Nachweis der bestandenen Prüfung zur Eignung zum Herdenschutzhund, die Kennzeichnung als «anerkannter Herdenschutzhund» in der Datenbank nach Art. 30 Abs. 2 des TSG sowie eine Erklärung, aus der Art und Umfang des Einsatzes hervorgeht, vorzulegen.

Vom vorliegenden Gesetzesvorhaben sind nach gegenwärtigem Stand lediglich zwei Halterinnen bzw. Halter mit insgesamt zehn Hunden betroffen.

#### D. Kantonaler Vergleich

Im kantonalen Vergleich zeigt sich beispielsweise, dass in den Kantonen Aargau und Thurgau Herdenschutzhunde vollständig von der Hundesteuer befreit sind, sofern die Nachweispflichten wie bestandene Prüfung zur Eignung zum Herdenschutzhund sowie die Kennzeichnung als «anerkannter Herdenschutzhund» in der Datenbank nach Art. 30 Abs. 2 des TSG vorliegen (siehe für den Kanton Aargau: Art. 22 Abs. 1 lit. f und Abs. 2 lit. f der Verordnung zum Hundegesetz [Hundeverordnung, HuV; SAR 393.411]; siehe für den Kanton Thurgau: § 9 Abs. 1 Ziff. 5 Hundeverordnung vom 16. Oktober 1984; Nr. 641.21). Auch im Kanton Wallis sind Herdenschutzhunde vollständig steuerbefreit, sofern der Nachweis über eine angemessene Ausbildung und den regelmässigen Einsatz jährlich erbracht wird (Reglement vom 21. Dezember 2011 betreffend die Erhebung der Hundesteuer, Nr. 652.100). Der Kanton Bern befreit Herdenschutzhunde nicht generell von der Hundetaxe. Allerdings sind die Gemeinden befugt, Herdenschutzhunde ganz oder teilweise von der Abgabe zu befreien (Art. 13 Abs. 3 und 4 Hundegesetz vom 27. März 2012; BGS 916.31). Der Kanton Zug erhebt keine Hundesteuer; er überlässt es jedoch den Einwohnergemeinden, eine Hundesteuer zu erheben (§ 168 Steuergesetz, BGS 632.1). So hat beispielsweise die Zuger Einwohnergemeinde Menzingen mit Gemeindebeschluss vom 10. Juni 2024 explizit auch «Herdenschutzhunde, welche die Vorgaben des Bundes erfüllen» von der Hundesteuer befreit (Reglement vom 10. Juni 2024 der Einwohnergemeinde Menzingen über das Halten von Hunden und die Erhebung der Hundesteuer). Im Weiteren hat auch der Kanton Freiburg Herdenschutzhunde von der Hundesteuer befreit (Art. 47 Abs. 1 Gesetz über die Hundehaltung, HHG; SGF 725.3). In den Kantonen Luzern und St. Gallen besteht derzeit keine Abgabenbefreiung für die Haltung von Herdenschutzhunden.

#### E. Finanzielle Auswirkung für den Kanton und die Gemeinden

Mit den vorliegenden Änderungen des HuG und der HuV werden die Halterinnen und Halter von Herdenschutzhunden finanziell entlastet. Aktuell sind im Kanton Zürich zehn Herdenschutzhunde in AMICUS registriert. Die Hundehalterin und der Hundehalter entrichten an die Wohnsitzgemeinde eine von der Gemeinde festgelegte Abgabe für jeden gehaltenen Hund. Die Abgabe kann je nach Gemeinde zwischen Fr. 70 und Fr. 200 pro Kalenderjahr betragen (§ 23 HuG). Des Weiteren leisten die Gemeinden dem Kanton für die von ihm zu erfüllenden Aufgaben für jeden nicht von der Abgabe befreiten Hund einen Beitrag von Fr. 30 je Kalenderjahr (§ 23 Abs. 2 HuG i.V.m. § 20 Abs. 1 HuV). Nach aktuellem Stand belaufen sich die finanziellen Auswirkungen für den Kanton auf insgesamt Fr. 300 pro Jahr. Der Wegfall der Einnahmen aus der Hundeabgabe für anerkannte Herdenschutzhunde hat für Gemeinden und Kanton somit äusserst geringe finanzielle Auswirkungen.

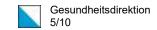
# F. Regulierungsfolgeabschätzung

Gemäss dem Gesetz zur administrativen Entlastung von Unternehmen (EntlG; LS 930.1) ist der administrative Aufwand von Unternehmen bei der Erfüllung von Vorschriften möglichst gering zu halten. Die vorliegende Gesetzes- und Verordnungsänderung führt für Unternehmen zu keinem zusätzlichen administrativen Aufwand.

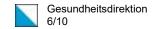
### G. Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen

Die Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen des Vorentwurfs lassen sich aus der synoptischen Darstellung entnehmen.

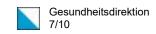
#### H. Synopse



Hundegesetz		
•	Hundegesetz	
(vom 14. April 2008)	(Änderung vom, Herdenschutzhunde)	
	Der Kantonsrat,	
	nach Einsichtnahme in den Antrag des Regie-	
	rungsrates vom () und der [Kommission]	
	vom (),	
	beschliesst:	
	I. Das Hundegesetz vom 14. April 2008 wird wie	
	folgt geändert:	
Befreiung	Befreiung	
§ 25	§ 25	
Von der Abgabe befreit sind Halterinnen und Hal-	unverändert.	
ter von:		
a. Diensthunden, die von Polizeiorganen oder von	a. bis h. unverändert.	
Gefängnisangestellten für ihren Dienst verwendet		
werden,		

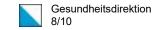


Geltendes Recht	Vorentwurf (VE)	Erläuterungen
b. Militärhunden und Diensthunden des Grenz-		
wachtkorps, die für seinen Dienst verwendet wer-		
den,		
c. ausgebildeten Schweiss-, Sanitäts-, Lawinen-		
und Katastrophenhunden, soweit an ihrer Haltung		
ein öffentliches Interesse besteht,		
d. Begleit- und Hilfshunden für motorisch Behin-		
derte sowie von Therapiehunden, wenn der Nach-		
weis über eine angemessene Ausbildung und den		
regelmässigen Einsatz erbracht wird,		
e. Blindenführhunden, die aus einer von der Eid-		
genössischen Invalidenversicherung anerkannten		
Blindenführhundeschule stammen,		
f. Hunden, für welche die Abgabe bereits in einer		
anderen Gemeinde des Kantons bezahlt wurde,		
g. Hunden, für welche die Abgabe bereits in einem		
anderen Kanton bezahlt wurde,		
h. Hunden, die sich weniger als drei Monate im		
Kanton aufhalten.		
	i. Herdenschutzhunden, die vom Bundesamt für	Ein Hund gilt als Herdenschutzhund, wenn er im
	Umwelt anerkannt sind.	Sinne von Art. 10d Abs. 2 der Verordnung vom 29. Februar 1988 über die Jagd und den Schutz

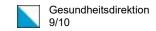


Geltendes Recht	Vorentwurf (VE)	Erläuterungen
		wildlebender Säugetiere und Vögel (JSV;
		SR 922.01) als solcher anerkannt ist. Dies ist der
		Fall, wenn er die Prüfung zur Eignung zum Her-
		denschutz bestanden hat und in AMICUS, der
		zentralen Datenbank nach Art. 30 Abs. 2 des Tier-
		seuchengesetzes vom 1. Juli 1966 (TSG;
		SR 916.40), als «anerkannter Herdenschutzhund»
		gekennzeichnet ist.

II. Diese Gesetzesänderung untersteht dem fakultativen Referendum.



Geltendes Recht	Vorentwurf	Erläuterungen
Hundeverordnung (HuV)	Hundeverordnung	
(vom 25. November 2009)	(Änderung vom, Herdenschutzhunde)	
	Der Regierungsrat	
	beschliesst:	
	I. Die Hundeverordnung vom 25. November 2009	
	wird wie folgt geändert:	
c. Befreiung	c. Befreiung	
§ 21.	§ 21	
Die Hundehalterinnen und Hundehalter gemäss	unverändert.	
§ 25 HuG reichen der Gemeinde die für die Befrei-		
ung von der Abgabe erforderlichen Unterlagen ein.		
Im Einzelnen sind dies		
a. für Dienst- und Militärhunde: Bescheinigung der	a. bis g. unverändert.	
vorgesetzten Amtsstelle,		
b. für Sanitäts-, Lawinen- und Katastrophenhunde:		
Leistungsheft der Schweizerischen Kynologischen		



Geltendes Recht	Vorentwurf	Erläuterungen
Gesellschaft sowie Nachweis der Einsatzverpflich-		
tung,		
c. für Schweisshunde: von der Fischerei- und		
Jagdverwaltung der Baudirektion ausgestellter		
Prüfungsnachweis sowie Nachweis der Einsatz-		
verpflichtung,		
d. für Blindenführhunde: Nachweis der anerkann-		
ten Blindenführhundeschule,		
e. für Begleit-, weitere Assistenz- und Therapie-		
nunde: Nachweis der Ausbildungsstätte und Be-		
stätigung der Institution, der Therapeutin oder des		
Therapeuten oder der motorisch behinderten Per-		
son, aus der Art und Umfang des Einsatzes hervorgehen,		
f. für Hunde nach § 25 lit. f und g HuG: Nachweis		
der bereits geleisteten Abgabe,		
g. für Hunde nach § 25 lit. h HuG: Bestätigung		
über den Aufenthalt.		
	h. für Herdenschutzhunde: Nachweise über die be-	Zwecks Befreiung von der Abgabe sind die Halte-
	standene Einsatzprüfung, über die Kennzeichnung	rinnen und Halter verpflichtet, die erforderlichen
	als «anerkannter Herdenschutzhund» in der zent-	Nachweise und Unterlagen bei der Gemeinde ein-

ralen Hundedatenbank sowie eine Erklärung der

zureichen. Für anerkannte Herdenschutzhunde ist

# **Geltendes Recht** Vorentwurf Erläuterungen Halterin oder des Halters, aus der Art und Umfang der Nachweis einer bestandenen Einsatzüberprüdes Einsatzes hervorgehen. fung im Sinne der Prüfung gemäss Art. 10d Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 4 JSV, die Kennzeichnung als «anerkannter Herdenschutzhund» in der zentralen Hundedatenbank gemäss Art. 10d Abs. 2 JSV in Verbindung mit Art. 30 Abs. 2 TSG sowie eine schriftliche Erklärung der Halterin oder des Halters, aus der Art und Umfang des Einsatzes des Herdenschutzhundes hervorgehen, erforderlich. II. Die Verordnung tritt am [...] in Kraft. Wird ein Rechtsmittel ergriffen, wird über die Inkraftsetzung erneut entschieden.